

Abg. Dr. Bieber erkundigte sich nach der Resonanz in den Kommunen zu der Präsentation der Beteiligungsverwaltung im Zusammenhang mit dem rhenag-Anteilserwerb.

Kreiskämmerer Ganseuer informierte zunächst darüber, dass die rhenag eine Zusage zum sogenannten „Stadtwerke-Modell“ abgegeben habe, die der Niederschrift beigefügt werde (Anlage 1). Weiterhin berichtete er über den Sachstand und den Zeitplan zur Benehmsherstellung mit den Kommunen zum Nachtragshaushaltsentwurf des Rhein-Sieg-Kreises. Bis auf Alfter, Lohmar, Niederkassel, Ruppichterath, Troisdorf und Sankt Augustin hätten die übrigen Kommunen Interesse an einer Präsentation zum rhenag Anteilserwerb in den Kommunalparlamenten gezeigt. In den Städten Siegburg, Windeck und Bad Honnef sei dies bereits erfolgt; in den kommenden Wochen sei der Besuch weiterer Kommunen geplant. Es habe sich herausgestellt, dass der Gang in die kommunalen Parlamente richtig sei, um Fragen direkt beantworten zu können, die sich im Zusammenhang mit der Kreisumlagensenkung und dem Einstieg bei der rhenag ergäben.

Abg. Mazur-Flöer befürwortete die Informationsveranstaltungen des Kreiskämmerers in den Kommunen, da hierdurch Informationslücken geschlossen werden könnten. Sie kritisierte, dass die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.09.2013 die Einbeziehung eines etwaigen Verkaufserlöses des SSB Anteils zur Finanzierung der rhenag Beteiligung thematisiere, da entsprechende Erlöse noch nicht sicher festständen und kein Beschluss zur Verwendung des Verkaufserlöses vorliege. Weiterhin bat sie um Auskunft zu den zusätzlichen Beratungskosten zum rhenag-Anteilserwerb, die sich durch die Nachverhandlungen mit RWE ergeben hätten.

Kreiskämmerer Ganseuer stellte klar, der Kreistag entscheide über mögliche Anteilsverkäufe des Rhein-Sieg-Kreises und die daraus resultierenden Erlöse. Durch die Beratungen zum rhenag-Anteilserwerb in den Kommunalparlamenten würden zusätzliche Ausgaben anfallen, die er jedoch noch nicht beziffern könne. Die Stellungnahme des Wirtschaftsprüfers zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und die Nachverhandlungen mit RWE sei mit keinen nennenswerten zusätzlichen Kosten verbunden.

Abg. Cáceres Ayllón interessierte sich für die Nachverhandlungsergebnisse mit RWE und rhenag hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten auf die Umwelt- und Energiepolitik der rhenag.

Kreiskämmerer Ganseuer teilte mit, das Spektrum der Einflussmöglichkeiten auf den Einsatz regenerativer Energien, die er im Arbeitskreis Konsolidierung sowie in den Fraktionen vorgetragen habe, sehe er als schlussverhandelt an.

Abg. Balansky hob hervor, die Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der rhenag unterstütze vor allem die Kommunen bei der Sicherung der kommunalen Energieversorgung und sei nicht ausschließlich eine reine Finanzbeteiligung zur Senkung der Kreisumlage. Sofern sich allerdings unter den Kommunen kein Konsens zum rhenag Anteilserwerb erzielen lasse, solle der Rhein-Sieg-Kreis dieses Projekt nicht weiter verfolgen.

Abg. Dr. Bieber verwies auf die Stellungnahmen der Kommunen zum Haushalt 2013/2014, die hierin eine Kreisumlagensenkung gefordert hätten. Eine generelle Berücksichtigung von Stellungnahmen sei auch in den vergangenen Haushalten nicht erfolgt. Bezogen auf den vorläufigen Vertrag mit RWE betonte er, dass es sich bei der Beteiligung an der rhenag nicht um eine reine Finanzbeteiligung handele. Zu dem Vorwurf der SPD-Fraktion, mit Erlösen aus dem Verkauf des SSB-Anteils zu planen, die noch nicht sicher seien, verwies er auf die Diskussion in der vorherigen Sitzung des Finanzausschusses. Ein Veräußerungserlös zusammen mit einem etwaigen zusätzlichen Mittelbedarf durch den Einstieg bei der rhenag würde sich in einem Nachtragshaushalt widerspiegeln, der vom Kreistag insgesamt zu

beschließen sei. Durch die Informationstour des Kreiskämmerers würden die Details zu diesem Projekt den Ratsmitgliedern in den Kommunen verdeutlicht, sodass eine Beschlussfassung auf Basis von objektiven Fakten ermöglicht werde. Bezug nehmend auf die Frage des Abg. Cáceres Ayllón machte er deutlich, dass die rhenag ihren Strom bereits zum jetzigen Zeitpunkt vollständig aus regenerativen Quellen beziehe. Des Weiteren sei man an einem Partner interessiert, der, gegebenenfalls in Kooperation mit den Kommunen, langfristig und zuverlässig die Strom- sowie Gasversorgung in den Kommunen sicherstellen könne.

Kreiskämmerer Ganseuer stellte bezogen auf den von Abg. Balansky angesprochen Willensbildungsprozess in den Kommunalparlamenten fest, dass das Abstimmungsverhalten in den Kommunen von der Positionierung der Kreistagsfraktionen geprägt sei. Er hätte sich eine offene Diskussion und Meinungsbildung gewünscht.

Abg. Krupp verwies auf den ursprünglichen Zeitplan der Verwaltung zum rhenag- Anteilserwerb, der wohl aufgegeben worden sei, da keine Mehrheit im Kreistag für dieses Projekt vorgelegen habe. Nun werde versucht, mit der Information der Räte noch eine Mehrheit zu erreichen. Im Zusammenhang mit der Benehmensherstellung mit den Kommunen zum Nachtragshaushaltsentwurf verwies sie auf etwaige Verluste, die auf lange Sicht von den Kommunen mitgetragen werden müssten, und die unsicheren zukünftigen Gewinne. Insofern hätten die Kommunen ein erhebliches Einflussrecht auf diese Entscheidung. Sie machte deutlich, dass sich die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zu dem Einstieg bei der rhenag nicht geändert habe.

Kreiskämmerer Ganseuer entgegnete, es sei der Wunsch der Bürgermeister gewesen, den Termin für die Benehmensherstellung zu verschieben und die Räte persönlich zu informieren. In den Kommunen bestünden nach seinem Eindruck keine Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projektes. Im ersten Jahr nach der Energiewende habe rhenag das zweitbeste Jahresergebnis erzielt, wohingegen andere Versorger, die anders als die rhenag in der Energieerzeugung tätig seien und daher Abschreibungen auf ihre Anlagen vornehmen mussten, mit der Energiewende zu kämpfen hätten. Er wies auf die Gewinne der letzten zehn Jahre in Höhe von 350 Mio. € hin, die an die derzeitigen rhenag-Aktionäre geflossen seien. Durch Beschlüsse gegen ein kommunales rhenag-Unternehmen werde verhindert, dass diese Gewinne zum Teil im Rhein-Sieg-Kreis verbleiben könnten.

Abg. Scharnhorst widersprach dem Einwand des Kreiskämmerers, dass sich die Stadt- und Gemeinderäte der Haltung der SPD-Kreistagsfraktion anschließen und kein freier Willensbildungsprozess ermöglicht werde.

Abg. Söllheim war der Ansicht, es gebe in den Stadt- und Gemeinderäten noch großen Informationsbedarf zu diesem Projekt und kritisierte bisherige Beschlüsse einiger Kommunalparlamente auf Basis subjektiver Informationen. Er begrüße ausdrücklich das Engagement des Kreiskämmerers zur Unterstützung der Kommunalparlamente.

Abg. Dr. Bieber vermisste die sachliche Diskussion auf Seiten der SPD-Fraktion zum rhenag-Anteilserwerb und warf die Frage auf, warum der SPD-Fraktionsvorsitzende Hartmann zunächst den Fraktionszwang aufgehoben habe, anschließend jedoch in einer Erklärung, die an alle SPD-Fraktionsmitglieder gegangen sei, seine ablehnende Haltung zu dieser Beteiligung ausführlich erläutert habe. Im Hinblick auf die unsicheren zukünftigen Gewinne der rhenag, die Frau Abg. Krupp angeführt habe, entgegnete er, der Wirtschaftsprüfer habe bestätigt, die rhenag generiere allein schon aus dem sicheren Netzgeschäft in den kommenden 5 Jahren Gewinne, aus deren Anteile der Rhein-Sieg-Kreis im gleichen Zeitraum seine Zinsaufwendungen abdecken könne. Hinzu kämen Gewinne aus den weiteren Geschäftsfeldern der rhenag.